Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 7. Februar 2008
Ausgabe 026

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Glückwünsche für Dr. Wilhelm Schmidbauer zum 50. Geburtstag 2
› Geldbeutelwaschen im Fischbrunnen 2
› Gedenkfeier aus Anlass des 50. Jahrestages des Flugzeugunglücks vom 6. Februar 1958 3
› Schülerinnen und Schüler werden Pflegeeltern für Hai-Babies 5
› Ausbildung bei der Münchner Stadtbibliothek 5
› MVHS: Referate zum Thema „Zeit“ 5
› Infoabend zu Feng Shui im Bauzentrum München 6
› Winterdienstbilanz für den 6. Februar 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Zu lange Wartezeiten zur Begutachtung bei Patienten mit Anspruch auf SGB XII-Leistungen durch das Referat für Gesundheit und Umwelt 8
› Warum will die Bürgermeisterin die Hauptschule abschaffen? 13

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Dienstag, 12. Februar, 14.30 Uhr, Zirkus Krone, Marsstraße 43
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Sondervorstellung des Zirkus Krone für sozial benachteiligte Kinder. Seit mittlerweile 40 Jahren macht der Zirkus Krone jährlich vier kostenlose Vorstellungen den Münchner Kindern und Senioren zum Geschenk. Insgesamt können in diesem Jahr hierfür 12.000 Karten verteilt werden.

Meldungen

Glückwünsche für Dr. Wilhelm Schmidbauer zum 50. Geburtstag
(7.2.2008) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert dem Polizeipräsidenten Dr. Wilhelm Schmidbauer zum bevorstehenden 50. Geburtstag: „Ich nehme diese Gelegenheit zum Anlass, Ihnen für die sehr gute Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Probleme in unserer Stadt zu danken. Bei unseren regelmäßigen Zusammenkünften – in stets angenehmer Atmosphäre – gelingt es uns unter anderem, soziale Brennpunkte zu erkennen und rechtzeitig zu entschärfen.
Für das neue Lebensjahrzehnt wünsche ich Ihnen alles Gute, vor allem Glück, Gesundheit und weiterhin die nötige Schaffenskraft."

(teilweise voraus)
Geldbeutelwaschen im Fischbrunnen
(7.2.2008) Einem schon im 15. Jahrhundert erstmals urkundlich erwähnten Münchner Brauch folgend, traten Oberbürgermeister Christian Ude und seine Bürgermeisterkollegen Christine Strobl und Hep Monatzeder sowie Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz am Aschermittwoch zum traditionellen Geldbeutelwaschen auf dem Marienplatz an. Vor zahlreichen Zuschauern und unterstützt durch den Hacker-Pschorr-Durstlöschzug tauchte Ude das Stadtsäckel in das Wasser des Fischbrunnens, um die städtische Kassenlage zu verbessern.
In seiner Ansprache erinnerte der Oberbürgermeister daran, dass der Brauch des Geldbeutelwaschens im 19. Jahrhundert von armen Leuten ausgeübt worden sei, um damit deutlich zu machen, dass das Portemonnaie tatsächlich vollkommen leer und die Dienstherrschaft aufgerufen sei,

wieder etwas hineinzutun. In den 50er-Jahren habe der damalige Oberbürgermeister Thomas Wimmer diesen Brauch auch für das Stadtsäckel eingeführt.
Ob das traditionelle Geldbeutelwaschen wirklich etwas nütze, sei zwar nicht erwiesen, so Ude, aber „schaden tut's jedenfalls nicht, die symbolische Wirkung ist ungeheuer – und in letzter Zeit hat's sogar geholfen: Die Steuerquellen der Stadt sprudeln wie nie zuvor, nach dem Rekordergebnis des letzten Jahres schaut es auch für heuer recht gut aus. Ich verstehe deshalb den Wunsch der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dass sie nach Jahren der Zurückhaltung bei den Lohnrunden jetzt auch am Aufschwung teilhaben wollen. Als Präsident des Deutschen Städtetags weiß ich aber auch, dass die deutschen Städte noch insgesamt mit 100 Milliarden Euro verschuldet sind – da ist der finanzielle Spielraum leider sehr begrenzt."
Dank der guten Kassenlage kann München heuer bereits im dritten Jahr in Folge Schulden abbauen – insgesamt mehr als 800 Millionen Euro, ohne dafür städtische Wohnungen oder Energieunternehmen zu verkaufen.
Aus dem Stadtrat nahmen am diesjährigen Geldbeutelwaschen teil:
Oliver Belik, Yasar Fincan, Hans Dieter Kaplan, Alexander Reissl, Barbara Scheuble-Schaefer und Helmut Schmid (alle SPD), Marian Offman, Manuel Pretzl, Helmut Pfundstein, Richard Quaas, Josef Schmid, Thomas Schmatz, Elisabeth Schosser, Johann Stadler, Max Straßer und Walter Zöller (alle CSU) sowie Gabriele Neff (FDP).

(teilweise voraus)
Gedenkfeier aus Anlass des 50. Jahrestages des Flugzeugunglücks vom 6. Februar 1958
(7.2.2008) „Wir werden die Opfer und Ihre Familien niemals vergessen."
Mit diesen Worten beschloss Oberbürgermeister Christian Ude seine Ansprache bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Flugzeugunglücks vom 6. Februar 1958. Damals war eine Maschine der British European Airways mit 38 Passagieren und sechs Besatzungsmitgliedern am Flughafen München-Riem nach zwei abgebrochenen Startversuchen beim dritten Anlauf im Schneematsch über die Startbahn hinausgeschossen und beim Aufprall auf ein Gebäude zerborsten.
Unter den Toten befanden sich auch 8 Spieler sowie Betreuer und Offizielle des Fußballclubs Manchester United. Die Gedenkfeierlichkeiten fanden deswegen zeitgleich am Mahnmal in München-Kirchtrudering, dem damaligen Unglücksort, und im Stadion Old Trafford von Manchester United statt.
Oberbürgermeister Ude begrüßte in seiner Rede ganz besonders die englischen Gäste, die Delegation und die zahlreichen Fans von Manchester

United, die zur Gedenkfeier nach München gereist waren. Seinen ausdrücklichen Dank sprach er dabei dem Verein Manchester United aus, der das Mahnmal für die Flugzeugtragödie im Jahr 2004 gestiftet hatte. Außerdem dankte Ude dem FC Bayern München, der die Patenschaft für den Gedenkstein übernommen hat, und dem anwesenden Landtagsabgeordneten Hermann Memmel, der sich von Anfang an für die Schaffung der Gedenkstätte eingesetzt hatte.
Der Oberbürgermeister betonte, dass es für die Stadt München eine Ehrensache gewesen sei, den Grund und Boden für die Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen: „Denn so furchtbar das Unglück vom 6. Februar 1958 auch war, so sind sich die Städte Manchester und München, die Münchner Bürgerinnen und Bürger und das englische Volk in der gemeinsamen Trauer um die Opfer doch ein großes Stück näher gekommen. Das Gedenken zum 50. Jahrestag des tragischen Unglücks setzt nun ein weiteres Zeichen dieser gegenseitigen Verbundenheit."
Danach erinnerte Karl-Heinz Rummenigge, Vorstandsvorsitzender des FC Bayern, in bewegten Worten an die enge Freundschaft zwischen seinem Verein und Manchester United.
Worte des Erinnerns und Gebete für die Verunglückten und ihre Familien sprachen im Anschluss Pfarrerin Kerstin Scherer (Evangelische Pfarrgemeinde Trudering), Pfarrer Geistlicher Rat Herbert Kellermann (St. Peter und Paul Trudering) sowie Father Bill Buckley von der English Speaking Catholic Mission Munich.
Nachdem Father Buckely die Namen aller 23 Verunglückten verlesen hatte, trug ein Vertreter der Independent Manchester United Supporters Association den Text von „Flowers of Manchester", ein Lied zu Ehren der verunglückten Manchester United-Spieler, vor.
Gegen Ende der Gedenkfeier erinnerte der Landtagsabgeordnete Herrmann Memmel an das Engagement aller Helfer der Flugzeugkatastrophe und forderte die Anwesenden zu einer gemeinsamen Schweigeminute auf. Mit Fangesängen der sichtlich bewegten Manchester United Anhänger fand die Zeremonie ihren Abschluss.
An der Gedenkfeier, bei der OB Ude auch einen Kranz am Mahnmal niederlegte, nahmen teil: Die Stadträte Dr. Ingo Mittermaier (SPD), Josef Schmid und Hans Podiuk (CSU), der BA-Vorsitzende von Trudering-Riem Dr. Georg Kronawitter, MdB Herbert Frankenhauser, Landtagsabgeordneter Heinrich Traublinger (alle CSU), sowie der britische Generalkonsul Stephen Plater und Dr. Colin Hendrie, Vizepräsident der Independent Manchester United Supporters Association.

Schülerinnen und Schüler werden Pflegeeltern für Hai-Babies
(7.2.2008) Die Klasse 6b der Städtischen Adalbert-Stifter-Realschule wird in einem eigenen Aquarium die Pflege von Katzenhai-Eiern übernehmen, bis die kleinen Fische geschlüpft sind. Diese Aufgabe ist als Projekt in den Biologie-Unterricht eingebettet und wird in Kooperation mit Sea-Life München umgesetzt. Am Dienstag, 12. Februar, um 11 Uhr wird den Schülerinnen und Schülern das Aquarium mit den Katzenhai-Eiern übergeben.
Achtung Redaktionen: Medienvertreter sind nach Anmeldung unter der Telefonnummer 4 50 00 12 willkommen. Treffpunkt ist der Haupteingang der Städtischen Adalbert-Stifter-Realschule, Flurstraße 4.

Ausbildung bei der Münchner Stadtbibliothek
(7.2.2008) Jungen aufgeschlossenen Leuten, die gern mit Menschen umgehen und die an Büchern, Medien und Informationsvermittlung interessiert sind, bietet die Münchner Stadtbibliothek eine fundierte dreijährige Ausbildung im dualen System.
Die praktische Ausbildung findet in den Teams der Stadtbibliotheken statt, wo die großen Bereiche der Informationsvermittlung, der Kommunikation und des Kundenservices, des Bestandsaufbaus und -pflege, der Bibliotheksordnung und der Öffentlichkeitsarbeit vermittelt werden. Im weiteren Verlauf der Ausbildung lernt man alle Abteilungen der Münchner Stadtbibliothek kennen und kann sich in Form von Praktika auch über die weiteren Fachbereiche des Berufes informieren. Workshops, Projekte und Infoveranstaltungen bieten Abwechslung und fördern selbstständiges Arbeiten. Vorausgesetzt werden mittlerer Schulabschluss mit guten Noten in Deutsch und Englisch, PC-Grundkenntnisse, Bereitschaft zu Abend- und Samstagsdiensten. Die Ausbildung dauert drei Jahre und beginnt zum 1. September 2008.
Die üblichen Bewerbungsunterlagen können bis zum 29. Februar 2008 an folgende Adresse geschickt werden: Münchner Stadtbibliothek – Personal, Rosenheimer Straße 5, 81667 München. Telefonische Auskunft erteilt Ute Groß, Münchner Stadtbibliothek – Aus- und Fortbildung, Telefon 2 33-4 38 33.

MVHS: Referate zum Thema „Zeit“
(7.2.2008) Am Donnerstag, 14. Februar, 19 Uhr, beginnt an der Münchner Volkshochschule (MVHS) im Gasteig, Raum 131, Rosenheimer Straße 5, eine neue Reihe zum Thema „Zeit“. Der Zeitforscher Karlheinz Geißler und der Geschmacksexperte Eberhard Spangenberg räsonieren in drei Gängen über die Zeit und das gute Leben. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr.

- 14. Februar: „Das Leben als Zeitsparveranstaltung"
  Nicht Fußball sondern „Zeitsparen" ist der beliebteste Breitensport in unserer Gesellschaft. Aber ähnlich wie beim Fußball bekommt man nie genug davon. Warum wir immer weiter machen hat Gründe, die am ersten Abend verraten werden.
- 21. Februar: „Kleine Helden des Zeitsparalltags"
  Unauffällig schleichen sie sich ein, die Beschleuniger des Alltags. Der Teebeutel, der Suppenwürfel, der Espresso, der Reißverschluss und andere mehr. Die Kulturgeschichte dieser Alltagsbeschleuniger klärt auf, warum sie so beliebt sind und so fleißig genutzt werden.
- 28. Februar: „Vom Leben und Genießen der Zeit"
  Zeit muss man nicht vertreiben, nicht managen, nicht totschlagen. Die Zeit muss man zu sich einladen. Was wäre dazu als Begleiter geeigneter als ein gutes Glas Wein, wenn's denn kein schneller ist. Von langsamen und schnellen Weinen und vom Genießen der Zeit.

Professor Dr. Karlheinz Geißler ist Zeitforscher, Autor und Gründer der Gesellschaft für Zeitpolitik, Eberhard Spangenberg ist Spezialist für feine Weine und Delikatessen sowie Gründer von Slowfood, Deutschland.
Die Veranstaltungen finden im Rahmen des Programmschwerpunktes der MVHS „Tempo! Zeit in der Beschleunigungsgesellschaft" statt. Karten gibt es für 13 Euro bei allen Anmeldestellen der MVHS und an der Abendkasse.
Weitere Infos unter Telefon 4 80 06-6220. Siehe auch *www.mvhs.de*

Infoabend zu Feng Shui im Bauzentrum München

(7.2.2008) Mit Hilfe von Feng Shui bewusster Häuser kaufen, Wohnungen mieten, und Räume gestalten, darüber referiert Katrin Schmidt, Architektin und Feng Shui-Beraterin, auf einem Infoabend im Bauzentrum München am Dienstag, 12. Februar, ab 18 Uhr. Der Eintritt ist – wie an allen Infoabenden – frei.
Durch Feng Shui werden Grundrissplanung im Innen- und Außenbereich, Farbgestaltung, Lichtkonzepte und Einrichtungen mit den persönlichen Voraussetzungen sinnvoll und harmonisch in Einklang gebracht. Das Geburtsdatum der Bewohnerinnen und Bewohner ist neben den Himmelsrichtungen und den Einflüssen der Umgebung dafür eine wesentliche Ausgangsbasis. Die Expertin informiert über eine bewusste Lebensraumgestaltung. „Feng Shui nutzt die Kraft des Ortes, um die Potenziale der Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren und damit neue Impulse für Leben und Arbeiten zu geben. Feng Shui hilft für eine Zukunft in Gesundheit, mit mehr Erfolg und Lebensfreude," wirbt die Architektin. Im Anschluss steht Schmidt für Fragen zur Verfügung.

Das Bauzentrum München in der Messestadt Riem bietet Bauproduktausstellung, Vorträge, Fachseminare, Sonderveranstaltungen und berät kostenlos zu allen Fragen rund ums Bauen und Wohnen. Die Adresse des Bauzentrums München ist die Willy-Brandt-Allee 10 in der Messestadt Riem (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in den Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de, Telefon 50 50 85.
Hinweis: Das Bauzentrum München ist nicht mit dem Bauzentrum Poing zu verwechseln, das sich in der Nachbarschaft einige Kilometer weiter ostwärts befindet und eine Fertighausausstellung beherbergt.

Winterdienstbilanz für den 6. Februar
(7.2.2008) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Mittwoch, 6. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 14 Fahrzeuge: 10
Streuguteinsatz:
Salz: 3,85 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 40.039,84 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 6
Bisherige Einsatztage: 94
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2007/2008: ***7.659.390,73 Euro***

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 7. Februar 2008

Zu lange Wartezeiten zur Begutachtung bei Patienten mit Anspruch auf SGB XII-Leistungen durch das Referat für Gesundheit und Umwelt
Anfrage Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) vom 14.11.2007

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:
„Immer öfter erreichen uns in letzter Zeit Klagen darüber, dass die Begutachtung bei Patienten mit Anspruch auf SGB XII-Leistungen ‚Hilfe zur Pflege' und Haushaltshilfe durch die medizinischen Gutachter des Referates für Gesundheit und Umwelt eine zu lange Zeitspanne in Anspruch nimmt. Die Dauer des Gesamtverfahrens dauert in vielen Fällen bis zu einem Jahr.
So lange können akut gefährdete Personen und alte Menschen, bei denen die Pflege nicht sichergestellt ist und die keine Kranken- oder Pflegeversicherung haben nicht warten. Die Pflegedienste müssen in der (Warte-)Zeit in finanzielle Vorleistungen treten, um einen Mindeststandard an Pflegemaßnahmen leisten zu können.
Immer öfter müssen Pflegedienste aber auch die Aufnahme solcher Patienten, die ihnen von Krankenhaussozialdiensten oder Sozialbürgerhäusern avisiert werden, ablehnen, weil sich ihnen ein nicht kalkulierbares finanzielles Risiko daraus erwächst."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Zunächst bedanke ich mich für die Fristverlängerung und beantworte die aufgeworfenen Fragen unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Sozialreferates wie folgt:

Frage 1:
Wie stellt sich die rechtliche Situation und die Zuständigkeit für das RGU dar?

Antwort:
Das Sozialgesetzbuch sieht weder expressis verbis noch konkludent eine

ausschließliche Begutachtung durch eine Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes (RGU) vor, die entsprechenden Gutachten werden von diesem Referat nur deshalb gefertigt, da es aufgrund des Aufgabengliederungsplans zu den Obliegenheiten des Gesundheitsamtes gehört, ärztliche Gutachten zu medizinischen Fragestellungen des Sozialreferates zu fertigen.

Frage 2:
Wie lange sind die derzeitigen Wartezeiten von Antragstellung bis Erteilung des Bescheides?

Antwort:
Geht ein Auftrag des Sozialreferates beim RGU auf Überprüfung der Hilfe zur Pflege ein, beträgt unsere mittlere Bearbeitungszeit dieser Anfrage derzeit 12,3 Wochen. Wie lange es im Sozialreferat bis zur Erteilung des Bescheides dauert, entzieht sich unserer Kenntnis.
Das Sozialreferat führt hierzu aus:
Seitens des Sozialreferates kann zur gesamten Bearbeitungsdauer keine Aussage getroffen werden, da keine entsprechenden Daten erfasst werden. Erfahrungsgemäß ist aber bereits für die Begutachtung der medizinischen Voraussetzungen durch das RGU mit mindestens drei Monaten zu rechnen.

Frage 3:
Welche Maßnahmen will und kann das RGU ergreifen, um die Wartezeiten für die Erstellung eines Gutachtens für oben genannten Personenkreis zu verkürzen?

Antwort:
Nachdem eine Reduktion dieses Zeitaufwandes durch Zurückstellung anderer Pflichtaufgaben, sind diese doch auch termingebunden, letztlich kaum möglich erscheint, wird das Referat für Gesundheit und Umwelt einerseits die Zuschaltung einer weiteren Arztstelle samt Verwaltungskraft beim Personal- und Organisationsreferat beantragen und hat darüber hinausgehend, zu Lasten anderer Bereiche des Hauses, auf den das amtsärztliche Gutachterwesen betreffenden Konsolidierungsbeitrag verzichtet.

Frage 4:
Werden Pflegedienste, die in finanzielle Vorleistungen „zu hoch" eingestiegen sind, da sie nicht wissen können, in welchem Umfang der Hilfebedarf

vom Gutachter eingeschätzt werden wird, in irgendeiner Form von den Pflegekassen entschädigt?

Antwort:
Zuständigkeitshalber führt das Sozialreferat hierzu folgendes aus:
Die Pflegekassen finanzieren im Rahmen der geltenden Vorschriften des Elften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XI Pflegesachleistungen (§ 36 SGB XI) – bis zu einem gedeckelten Höchstbetrag, der in aller Regel nicht die Gesamtaufwendungen abdeckt, so dass Aufzahlungen aus eigenem Einkommen und Vermögen notwendig sind. Reichen diese eigenen Mittel nicht aus, so wird häufig auf aufzahlende Sozialhilfemittel im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 ff. Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII – zurückgegriffen. Das Problem einer zu intensiven Versorgung und deren unzureichende Finanzierung trifft also nicht die Pflegekassen, sondern die betroffenen Patientinnen und Patienten selbst oder den Sozialhilfeträger.
Die Sozialhilfe finanziert den notwendigen Versorgungsbedarf, soweit dieser objektiv nachgewiesen ist. Es wird nicht verkannt, dass hier durchaus Diskussionen über den Umfang der notwendigen Versorgung möglich sind. Es gibt jedoch in den einzelnen Sozialbürgerhäusern Fachpersonal, das im Benehmen mit dem jeweiligen Pflegedienst und der Sozialhilfesachbearbeitung eine vorläufige Pflegeeinschätzung vornehmen kann und damit zumindest bis zur endgültigen medizinischen Begutachtung die Grundlage für eine ausreichende Finanzierung schafft.
Allerdings soll nach der Grundintention dieses Instrumentes die vorläufige Pflegeeinschätzung nur dann zur Anwendung kommen, wenn das Begutachtungsergebnis des RGU nicht abgewartet werden kann. Dies ist häufig der Fall, wenn Anzeichen auf eine akute unzureichende häusliche Versorgung hindeuten und bekannt werden. Auch setzt dies eine enge Kooperation und frühzeitige Kontaktaufnahme der eingebundenen Pflegedienste mit dem zuständigen Sozialbürgerhaus voraus, um die erforderlichen Schritte einleiten zu können.

Frage 5:
Im Referentenentwurf zur Reform der Pflegeversicherung sind bundeseinheitliche Fristen zur Begutachtung von maximal fünf Wochen vorgesehen. Wie will das RGU diese Fristen einhalten?

Antwort:
Siehe hierzu die Antwort auf Frage 3.

Frage 6:
Welche Möglichkeiten sieht das RGU in Zusammenarbeit mit den erforderlichen Stellen, die Erstellung eines vorläufigen Pflegebescheides einzuführen?

Antwort:
Vonseiten des RGU kann zu einem vorläufigen Pflegebescheid nichts beigetragen werden.
Das Sozialreferat führt zu dieser Frage folgendes aus:
Wie bereits oben ausgeführt, hat das Sozialreferat mit den „Fachstellen häusliche Versorgung" die fachlichen Voraussetzungen geschaffen, dass für eine Übergangsphase bis zur endgültigen Begutachtung im Benehmen mit den Pflegediensten eine vorläufige Feststellung zum erforderlichen Versorgungsumfang getroffen werden kann. Diese Festlegungen dienen als Grundlage für eine sozialhilferechtliche Entscheidung, die auch kurzfristig eine Finanzierung von Pflegeleistungen ermöglicht. Zumindest im Rahmen der aufzahlenden Sozialhilfe gibt es also den vorläufigen Pflegebescheid schon.

Frage 7:
Könnte ein vorläufiger Pflegebescheid sowohl die Pflege für den oben genannten Personenkreis als auch die Handlungssicherheit für die Pflegedienste sicherstellen?

Antwort:
Zuständigkeitshalber führt das Sozialreferat zu dieser Frage folgendes aus:
Hier wird auf die vorstehenden Ausführungen zur Frage 6 verwiesen.

Wenn eine Begutachtung stattgefunden hat und ein Gutachten zum Umfang der Pflegebedürftigkeit vorliegt, ergeht ein endgültiger Sozialhilfebescheid, der Grundlage für die künftigen Sozialhilfeleistungen ist. Eventuell in der Vergangenheit auf Grund einer vorläufigen Pflegeeinschätzung zu viel ausbezahlte Sozialhilfeleistungen werden nicht zurückgefordert, da hierfür keine rechtliche Grundlage gegeben ist. Betroffene Personen und der Pflegedienst können davon ausgehen, dass die auf Grund einer vorläufigen Pflegeeinschätzung erbrachten Leistungen dem erforderlichen Bedarf entsprechen und daher zumindest bis zur Änderung der objektiven Entscheidungsgründe auch zu Recht ausbezahlt sind.

Frage 8:
Ist dem RGU bekannt, dass Patienten wegen der langen Wartezeiten für die Begutachtung und der Planungsunsicherheit der Pflegedienste von diesen abgelehnt wurden? Wenn ja, wie viele Menschen waren und sind davon betroffen?

Antwort:
Der Auftraggeber des Referates für Gesundheit und Umwelt ist alleine das Sozialreferat. Kenntnisse hinsichtlich der aufgeworfenen Problematik existieren hier nicht.

Warum will die Bürgermeisterin die Hauptschule abschaffen?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marianne Brunner und Josef Schmid (CSU) vom 9.11.2007

Antwort Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner:

Auf Ihre Anfrage vom 09.11.2007, warum Frau Bürgermeisterin Strobl die Hauptschulen generell abschaffen wolle, welche Auswirkungen eine solche Maßnahme auf die Münchner Schülerinnen und Schüler habe und ob Eltern- und Lehrerverbände in die Überlegungen und Planungen einbezogen worden seien, nehme ich Bezug.

Im Einzelnen darf ich zu Ihren Fragen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie viele Hauptschulen gibt es in München?

Antwort:
In München gibt es 43 Hauptschulen und 2 Volksschulen.

Frage 2:
Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen diese Hauptschulen?

Antwort:
Nach Mitteilung der Fachlichen Leitung des Staatlichen Schulamtes in der Landeshauptstadt München besuchen im Schuljahr 2007/08 insg. 12.059 Schülerinnen und Schüler die Jgst. 5 - 10 (einschl. Übergangs-, Praxis- und M-Zug-Klassen) dieser Hauptschulen.

Frage 3:
Wie vielen Schülerinnen und Schülern würde durch diesen Vorschlag die Möglichkeit auf eine, ihren Fähigkeiten entsprechende, Schulbildung vorenthalten werden? Ist der Bürgermeisterin bewusst, dass sie damit die Maßnahmen zur Aufwertung der Hauptschule, wie z. B. Einführung des M-Zuges, konterkariert?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München sieht sich in der Verantwortung, zum Wohl aller Münchner Kinder und Jugendlichen im schulischen Bereich initiativ und innovativ tätig zu sein sowie die Arbeit aller bestehenden Schularten durch schul- und unterrichtsergänzende Maßnahmen und Angebote zu ergänzen.

Ich darf Ihnen als Anlage einen Beschluss des Schulausschusses vom 27.06.2007 übermitteln, der das gerade auch im Hinblick auf die Hauptschulen deutlich dokumentiert.
Es steht außer Frage, dass die Landeshauptstadt München – so lange das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus am Schultyp Hauptschule als einem Teil des dreigliedrigen Schulsystems festhält – diesem Ethos verpflichtet bleibt.

Frage 4:
Sind die Eltern- und Lehrerverbände in diese Überlegungen zur Abschaffung der Hauptschule mit einbezogen worden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Frage 5:
Mit welchen konkreten Planungen will die Bürgermeisterin die Hauptschule zeitnah ersetzen?

Antwort:
Die bildungspolitische Diskussion zur Zukunft des bayerischen Schulwesens beschäftigt nicht erst aufgrund der besorgniserregenden Erkenntnisse einschlägiger Studien die Bildungsakteure und damit selbstverständlich auch die Eltern- und Lehrerverbände.

Bildungspolitisches Ziel muss es sein, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Dies bedarf einer umfassenden Reform mit den Kernelementen der individuellen Förderung von Anfang an, einer längeren gemeinsamen Schulzeit sowie dem bedarfsgerechten Angebot gebundener Ganztagsschulen.